

---

# Schwerin

## Umweltorganisation BUND fordert mehr Geld für Stiftung

17.09.2019, 18:19 Uhr | dpa



Corinna Cwielag, Landesgeschäftsführerin des BUND Mecklenburg-Vorpommern. Foto: Bernd Wüstneck/Archivbild (Quelle: dpa)

**Die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns behandelt nach Einschätzung der Umweltorganisation BUND ihre Umwelt- und Naturschutz-Stiftung im Vergleich zu anderen Bundesländern eher stiefmütterlich. Das bereitgestellte Geld reiche gerade für zweieinhalb festen Stellen für Mitarbeiter, die sich um 8600 Hektar Land in 140 Gebieten kümmern müssten.**

"Würde das Land Mecklenburg-Vorpommern seine Landesstiftung wenigstens annähernd so wie die Nachbarn in Schleswig-Holstein die dortige Landesstiftung ausstatten, wären dafür mindestens 20 Stellen und auskömmliche Finanzen zum Landkauf notwendig", sagte BUND-Landesgeschäftsführerin Corinna Cwielag am Dienstag in Schwerin anlässlich der Feierlichkeiten zum 25-jährigen Bestehen der Landesstiftung. Thüringen gewähre seiner Landesstiftung allein für die Sicherung des Grünen Bandes im ehemaligen Grenzstreifen als Nationales Naturmonument jährlich zusätzliche zwei Millionen Euro.

Nach den Worten von Umwelt- und Agrarminister Till Backhaus (SPD) hat sich die Stiftung für Umwelt und Naturschutz seit ihrer Gründung 1994 zu "einer unverzichtbaren Säule des Natur- und Landschaftsschutzes" entwickelt. Mecklenburg-Vorpommern verfüge über eine einzigartige Natur und eine wunderschönen Kulturlandschaft, deren Bewahrung sich die Stiftung verschrieben habe.

In den zurückliegenden 25 Jahren habe sie in mehr als 100 Gebieten aktiv zum Naturschutz, aber auch zum Klimaschutz und Schutz der natürlichen Ressourcen beigetragen. "Bei der Bündelung der landeseigenen Naturschutzflächen in einer Hand und vor allem bei deren

naturschutzfachlicher Weiterentwicklung sehe ich auch langfristig den Schwerpunkt des Handels unserer Landesstiftung", sagte Backhaus. Auch in Sachen Umweltbildung sei die Stiftung ein unverzichtbarer Partner. Konkrete Angaben zur Finanzierung und zur künftigen Personalausstattung machte der Minister nicht.

[zum Artikel](#)